

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **28 (1948-1949)**

Heft 7

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Die Ermordung des Grafen Bernadotte

in Jerusalem hat erneut die Aufmerksamkeit der Welt auf jenes Gebiet gelenkt, wo eines der schwierigsten Probleme der Weltpolitik der Lösung harrt, die jedoch — das gilt wie für die andern, so auch für diesen Fall — nicht anders als im Wege einer allgemeinen Bereinigung der schwebenden Hauptprobleme gefunden werden kann. Dabei wäre es unrichtig, wollte man sagen, die Schwierigkeiten in der Palästinafrage müßten in der Hauptsache auf die extremen Aspirationen des Judentums zurückgeführt werden. Die Hartnäckigkeit liegt nämlich auf beiden Seiten, was sich bisher, insbesondere in der Haltung der Araber gegenüber den verschiedenen Vorschlägen des Grafen Bernadotte, zur Genüge erwiesen hat. Auf beiden Seiten liegt aber auch die Taktik des Terrors, und gar nicht etwa allein auf der jüdischen Seite: sind doch erst vor wenigen Wochen zwei französische Beobachter der UNO von ägyptischen Terroristen auf dem Boden Palästinas erschossen worden. Inzwischen haben die Juden es verstanden, sich durch ihre hartnäckige Politik in kurzer Zeit eine Position zu schaffen, die nicht mehr angezweifelt werden kann; auch der verstorbene Graf Bernadotte hat in seinem letzten Berichte klar mit ihr gerechnet. So wird denn das Bestehen des jüdischen Staates heute nirgends mehr ernstlich bestritten, nachdem seine Anerkennung durch eine große Zahl von Ländern, darunter auch die zwei größten Mächte der Welt, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, Tatsache geworden ist. An dieser Existenz des Staates Israel kann auch die Haltung Großbritanniens kaum mehr etwas ändern, im Gegenteil mag sie hier und dort fast einen etwas peinlichen Eindruck machen, stützen sich doch die Ansprüche des Judentums gerade in erster und ausschlaggebender Linie auf das englische Versprechen, das in der «Balfour-Deklaration» des Jahres 1917 niedergelegt wurde. Betrachtet man im übrigen die Entwicklung des palästinensischen Problems seit der Aufgabe des Mandates im Mai dieses Jahres, so läßt sich nicht bestreiten, daß sich das Judentum ausgezeichnet geschlagen hat, mag dabei auch die massive Unterstützung, die es in den Vereinigten Staaten fand, eine große Rolle gespielt haben. Dagegen nimmt sich im Vergleich zu der jüdischen Haltung die Rolle der Araber schon eher kläglich aus, die in ihrer ewigen Uneinigkeit unter sich und mit einer Politik, die sich vom primitivsten Geldhunger bestimmen läßt, ihre traditionelle Rolle in einer eigenartigen Weise weiterspielen. Dadurch aber wird die englische Position, die ja in enger Beziehung zu den Arabern steht, nicht unerheblich erschwert.

Diese Tatsache erscheint aber gerade in diesem Augenblick einigermaßen schwerwiegend, da in den

großen internationalen Konflikten

so außerordentlich viel auf die englische Haltung ankommt. Dabei mag man weniger die Tatsache der beginnenden englischen Wiederaufrüstung im Auge haben, als die diplomatische Position eines Vermittlers, welche Bevin seit einiger Zeit mit nicht geringem Erfolg besetzt hält. Sie erweist sich tatsächlich auch immer mehr als notwendig, nachdem es sich heute ohne Schwierigkeiten ausrechnen läßt, daß die Entwicklung schon länger zu einem Abbruch zwischen dem Westen und dem Osten geführt hätte, wenn es auf die Amerikaner und die Russen allein ankäme. Inzwischen dürfte die Lage in Berlin freilich ohnehin in eine Sackgasse geführt haben, aus der ein Ausweg kaum zu denken ist, wenn keine neuen Elemente dazukommen — und wenn die Luftbrücke den Winter zu überlisten vermag. So lange aber die Verhandlungen noch irgendwie laufen, besteht eben nach wie vor eine solche Möglichkeit. Und doch scheint sie mit jedem Tage mehr zu schwinden, weil die gegenseitigen Positionen sich verhärten. Die Russen haben es sich in den Kopf gesetzt, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, während diese, je länger die Entwicklung dauert, sich immer mehr auf ihre dortige Position festgelegt sehen. So ist Berlin für beide Positionen zu einer Prestigefrage geworden. Dies und die Tatsache, daß die Bevölkerung des Berliner Westens in ihrer guten Haltung nachgerade der ganzen Welt ein Beispiel zu geben im Begriffe ist, macht es den Westmächten je länger desto mehr unmöglich, sich auf irgendeinen Kompromiß einzulassen. Damit aber sinken die Chancen einer Verständigung auf Null, und es zeichnet sich nachgerade die Gewißheit ab, daß die beiden Positionen so bleiben wie sie sind.

Daß dies nicht den Krieg bedeutet,

sollte bei der gegenseitigen Gleichgewichtslage an sich einleuchtend sein. Die Rüstungsmaßnahmen, die in dieser Zeit auf seiten der Westmächte getroffen werden, stehen damit nicht in Widerspruch. Sie bedeuten in der Hauptsache nichts weiter als ein Aufholen, vorerst bescheidener Art, gegenüber der seit Kriegsende kaum verminderten Rüstung der Sowjetunion, andererseits ist in ihnen wohl auch eine taktische Maßnahme zu erblicken, um dem Osten plausibel zu machen, daß die Position des Westens unerschütterlich sei. Gerade in diesem Zusammenhang bedeutet aber die englische Position einen wesentlichen Faktor, indem sie auf der einen Seite die beiden andern Partner des Westblocks, die Franzosen und die Amerikaner, die in ihren Ansichten nach wie vor weit auseinandergehen, zu vereinen sucht, und andererseits dafür sorgt, daß der Bogen auch in Zukunft elastisch bleibt. Unter diesen Umständen kann man wohl ohne zu große Unruhe die Perspektive ins Auge fassen, daß sich die beiden großen Positionen eine Zeit lang gegenüberstehen, ohne daß verhandelt wird, bis sich aus dem Zwang der Verhältnisse — und nicht zuletzt der wirtschaftlichen Elemente — von selber wieder eine Bewegung einstellt, welche die Erstarrung löst. Ob vielleicht schon die eben zusammengetretene

Tagung der Vereinten Nationen

in Paris in dieser Richtung wirken kann, ist leider mehr als fraglich; möglicherweise verschärft sich im Gegenteil die Lage aus dieser Perspektive sogar noch weiter, indem es zum Austritt der Sowjetunion aus der großen Organisation kommt.

Inzwischen hat sich im Rahmen des Ostblocks ein neues Ereignis zugetragen, das irgendwelche Verwandtschaft mit der Krise um Tito aufzeigt: die Demission Gomulkas, des polnischen Vizeministerpräsidenten, als Sekretär der Kommunistischen Partei, wobei indessen seine amtliche Stellung interessanterweise vorerst gewahrt bleibt. Über die Auswirkungen des Geschehnisses ist vorläufig noch nichts zu sagen. Ebenfalls in diese Berichtsperiode fällt der

Hinschied des ehemaligen Präsidenten Benesch,

der sich sicherlich große Verdienste um sein Land erworben hat, mögen sie auch jetzt, inmitten der großen Machtkrise zwischen West und Ost, nicht voll gesehen werden. Wenn eines Tages die schweren Schatten sich zu heben beginnen, wird man vielleicht erkennen, daß der tapfere und geschmeidige Staatsmann letzten Endes den richtigen Weg gewiesen hat.

Jann v. Sprecher

Londoner Brief

Was hätte wohl die Königin Viktoria gesagt, wenn einer ihrer Premierminister ihr zugemutet hätte, im September eine Parlamentssession von ganzen zwei Wochen mit einer Thronrede von 72 Worten zu eröffnen? Man sieht fast den entrüsteten Brief der alten Dame vor sich, in dem sie — mit zwei- und dreimaligen Unterstreichungen — ihrem Minister klar macht, daß sie nicht dazu da sei, sich durch solche Parteimanöver in ihrer königlichen Ruhe stören zu lassen. Nun, die Zeiten haben sich geändert: der König ist weder imstande noch willens, seiner vom Unterhaus gestützten Regierung die geringsten Schwierigkeiten zu machen, und er würde glauben, sich und seiner Stellung zu schaden, wenn er sich einer feierlichen Funktion entziehen würde, in der er sich seinem Volk als repräsentatives Organ des Staates zeigt. Vielleicht hat der Gegensatz dieses altehrwürdigen Prunkes zu der überaus mageren Aufgabe der Session der Bevölkerung nur noch deutlicher gezeigt, wie ungeschickt die Regierung diesmal operiert hat. Die Opposition hat nicht verabsäumt, darauf hinzuweisen, daß Großbritannien heute von Sorgen geplagt wird, die tausendmal wichtiger und dringender sind, als die

Einschränkung der Befugnisse des Oberhauses,

welche die Regierung als einzigen Gegenstand auf die Tagesordnung dieser Session gesetzt hat. Churchill hat es nicht für nötig erachtet, um dieser Frage willen seine wohlverdiente Erholung zu unterbrechen. Da aber jede Session mit einer Adreßdebatte beginnt und diese sich auf alle Fragen erstreckt, die ein Abgeordneter zur Sprache bringen will, hatten die Minister doch zu mehreren der Punkte Stellung zu nehmen, auf die es heute wirklich ankommt. Dabei feierte der Schatzkanzler Sir Stafford Cripps einen besonderen Erfolg mit einer ausführlichen Darstellung des Fortschrittes, den die englische Volkswirtschaft in den ersten sechs Monaten des Jahres 1948 gemacht hat. Denn diese Darstellung war auf einen zuversichtlichen und hoffnungsfreudigen Ton gestimmt. Wäre der Redner der ewig optimistische Dr. Dalton gewesen, so hätte man seine Worte mit einem Achselzucken zu dem Übrigen gelegt. Aber der gegen sich und andere stets strenge Sir Stafford ist für seinen

düsteren und pessimistischen Ton berühmt, und daß ein solcher Mann zum ersten Mal voller Hoffnung sprach, erregte fast eine Sensation. Es ist nur zu verständlich, daß seine Anhänger ihm am Schluß seiner Rede eine förmliche Ovation darbrachten; denn mit den Hoffnungen, die er für

Großbritanniens wirtschaftliche Gesundung

erweckte, fühlte die Arbeiterpartei ihre Chancen für die nächste Wahl steigen. Aber auch die konservative Opposition zieht nicht in Zweifel, daß es wirklich vorwärts gegangen ist, wenn Cripps das sagt.

In der Tat muß sich jeder Engländer darüber freuen, daß endlich deutliche Anzeichen für eine Überbrückung der Kluft zwischen Export und Import sichtbar werden. Wenn das zweite Halbjahr 1948 hält, was das erste versprochen hat, so wird sich das Defizit des Außenhandels in diesem Jahr fast um die Hälfte verringern, so daß es in der Atempause, welche die Marshall-Hilfe gewährt, zum Verschwinden gebracht werden kann. Mit dem Normaljahr 1938 verglichen, ist der Umfang der exportierten Güter zwischen Dezember 1947 und Juli 1948 von 120 % auf 138 % gestiegen. Der Kanzler konnte die Behauptung, daß irgend ein Teil des Volkes nicht gut gearbeitet habe, als durch die Statistik widerlegt zurückweisen. Zwar sind auch die Ausgaben für den Import etwas stärker gestiegen als vorgesehen war. Trotzdem bleibt das Gesamtbild relativ befriedigend. Doch verschwieg Cripps nicht, daß die Größe des Defizits auch jetzt noch beunruhigend ist und daß noch ein langer schwerer Weg zurückzulegen ist. Andererseits konnte er sich darauf berufen, daß es vornehmlich dem Entgegenkommen Englands zu verdanken ist, wenn eine Verständigung über die Verteilung der amerikanischen Hilfe unter die europäischen Länder gelungen ist.

Erfolge kommen immer der Regierung zugute, unter der sie eingetreten sind. Aber wenn die Sozialisten zu beweisen versuchen, daß der Erfolg diesmal ihrer kunstvollen Planwirtschaft zu danken sei, so kann man wohl ein großes Fragezeichen machen. Dieser Kausalzusammenhang ist keineswegs offensichtlich. Vielmehr läßt sich nachweisen, daß manches, was die Regierung plante, keineswegs eingetreten ist. Der «Wirtschaftliche Überblick für 1948», den Cripps im Februar veröffentlichten ließ, stellte ein Programm auf für die Arbeitskräfte, die im Interesse der englischen Volkswirtschaft von unwesentlichen in wesentliche Beschäftigungen übergeführt werden müßten. Von all dem ist nicht nur nichts eingetreten, in vielen Punkten läuft die tatsächliche Entwicklung dem Plan stracks zuwider. Einer der wichtigsten Programmpunkte war die Freisetzung erheblicher Arbeitskräfte der Bauindustrie für andere Geschäftszweige. Sie sollte von den 1,36 Millionen Arbeitern, mit denen sie in das Jahr 1948 eingetreten war, auf 1,2 Millionen herabgesetzt werden. Tatsächliches Ergebnis: Vermehrung auf 1,375 Millionen! Noch schlimmer und bezeichnender ist, daß die Zahl der Angestellten in der öffentlichen Verwaltung sich um 46 000 vermehrt hat, statt, wie geplant, um 23 000 zu sinken, und das ist doch gewiß der Teil des Arbeitsmarktes, welcher der behördlichen Planung am leichtesten zugänglich ist.

Leider steht nun aber zu befürchten, daß der Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten durch politische Umstände ungünstig beeinflusst werden wird. Die außenpolitische Lage ist so gespannt, daß keine Regierung, welcher Partei auch immer, um die Notwendigkeit herumkommt,

militärisch vorzusorgen.

Nach einem langjährigen Krieg tritt besonders in einem Volk, das wie das englische nicht an die allgemeine Dienstpflicht gewöhnt ist, der Drang, die Soldaten so schnell wie möglich wieder zu dem heimischen Herd zurückzuschicken, mit unwiderstehlicher Stärke auf. Nach dem ersten Weltkrieg hat man ihm so schnell nachgegeben,

daß Großbritannien fast hilflos war, als binnen weniger Jahre neue Verwicklungen auftraten. Durch die damaligen Erfahrungen gewitzigt, ist man diesmal etwas vorsichtiger gewesen. Aber selbst dieses Programm läßt sich angesichts der drohenden Gefahren nicht aufrecht erhalten. Herbert Morrison mußte am ersten Tage der Session ankündigen, daß die Entlassung derjenigen Soldaten, die noch unter den Fahnen ständen, um drei Monate hinausgeschoben wird. Außerdem drängt sich die Frage auf, ob die gegenwärtige Dauer der regulären Dienstzeit aufrecht erhalten werden kann. Ursprünglich hatte die Regierung sie auf 18 Monate bemessen wollen. Dann aber war sie vor einer Rebellion des linken Flügels ihrer eigenen Partei ängstlich zurückgewichen und hatte sich — gegen den Widerspruch Churchills — mit einer Dienstzeit von zwölf Monaten begnügt. Jetzt aber sieht es so aus, als ob sie diese Blamage ganz umsonst auf sich genommen hat und unter dem Druck der gewitterschweren auswärtigen Lage genötigt ist, zu den 18 Monaten zurückzukehren. Kann man zu einer solchen Regierung das Zutrauen haben, daß sie fähig ist, ein großes Volk in kritischer Stunde zu führen?

Dieselbe Frage rief die

Rede Bevins

am zweiten Tage der Session hervor. Nicht daß nicht vieles, was er sagte, vernünftig und richtig gewesen wäre. Aber nirgends erhob es sich über das Niveau verständiger Mittelmäßigkeit. Nirgends ein Wort, das verriet, hier spricht ein Mann, der fähig ist und sich zutraut, eine unbestreitbar höchst schwierige und gefährliche Situation zu meistern, zu dem das Volk als zu einem Führer aufschauen kann. Schließlich ist es nicht nur das englische Volk, das nach einem solchen Führer ausschaut, ganz Westeuropa erwartet von Großbritannien, daß es in der jetzigen Krisis die Führung übernimmt, und der britische Staatssekretär des Auswärtigen ist es, auf den sich seine Blicke lenken. Welchen Unterschied es macht, wenn eine bedeutende und aktive Persönlichkeit das Steuer ergreift, hat Großbritannien und die Welt gesehen, als es aus den unsicheren Händen Neville Chamberlains in der Stunde der höchsten Gefahr in die sicheren und kräftigen Winston Churchills überging. So kritisch ist die Stunde freilich noch nicht, aber alles kommt darauf an, daß die äußerste Zuspitzung vermieden wird.

Im Augenblick werden aber solche Erwägungen überschattet in der Erregung über die

Ermordung des Grafen Bernadotte

durch jüdische Terroristen. Unsere Generation hat zahllose Attentate erlebt seit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers am 28. Juni 1914. Aber dieser Mord ist der schlimmste und unsinnigste von allen. Sein Opfer ist nicht ein Mann, der eine Macht besaß, gegen die man sich auflehnen konnte, sondern ein Bringer des Friedens, dem die ganze Welt, besonders aber die beiden Völker, denen er ihn bringen wollte, nichts als Dank schuldeten. Wie viele melancholische Betrachtungen drängen sich da auf! Aber die melancholischste ist vielleicht, daß die Weltorganisation, an die sich die Hoffnungen auf eine Beseitigung der Herrschaft der Gewalt knüpften, wehrlos ist gegenüber dem fanatischen Nationalismus, der vor keinem Verbrechen zurückschreckt, das seinen Zwecken zu dienen scheint. Es paßt ganz dazu, daß gleichzeitig die Gewaltpolitik des neu geschaffenen indischen Staates über seinen schwachen Nachbar Haiderabad triumphierte. Indien gehört formell dem britischen Commonwealth an. Dieses war einstmals ein Hort des Friedens. Jetzt aber muß es tatenlos mitansetzen, wenn eines seiner Mitglieder in einer Weise handelt, die an ein Wort Bismarcks erinnert: «Die Schwachen sind dazu da, von den Starken gefressen zu werden».

Ignotus

Der Ordnungsgedanke in Holland

Man schreibt uns aus Holland:

Der Ordnungsgedanke wurde bereits vor dem Kriege propagiert. Die radikal-sozialistischen Kreise befürworteten ihn ganz besonders. Ein Führer aus diesen Kreisen, der spätere Wirtschaftsminister Vos, entwarf einige Jahre vor dem Kriege einen

Plan der Arbeit,

der aber nie ausgeführt wurde. Auch in einzelnen katholischen Kreisen bestand schon vor dem Kriege Interesse für diesen Gedanken. Man hatte dabei das italienische Korporationensystem vor Augen; aber die Korporationsbildung sollte sich auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken. Der Freiheitsgedanke sitzt den meisten Holländern im Blute. Darum ging es vor Kriegsausbruch mit der «Ordnung» nur langsam vorwärts. Zwar waren die Kompetenzen des Staates, hinsichtlich des Wirtschaftslebens, bereits ausgedehnt worden. Wir denken an die kollektiven Arbeitskontrakte, welche man verbindlich erklären konnte und die eine Institution bildeten, der auch die Unternehmer nicht feindlich gegenüberstanden. Auch für den Mittelstand traf man verschiedene Maßregeln, meistens auf Anregung und unter Mitwirkung der Interessenten.

Die Besetzung der Niederlande im Jahre 1940 hatte das Einsetzen der

Kommission Woltersen

zur Folge, die das heute allgemein verabscheute Fachgruppensystem ins Leben rief. Jede Branche unterstand einem Reichsbüro; die Reichsbüros selbst unterstanden dem Wirtschaftsministerium. Diese Fachgruppen hatten während des Krieges außerordentlich große Befugnisse. Die Mitgliedschaft war für den Unternehmer obligatorisch. Der Vorstand wurde nicht von den Mitgliedern gewählt und war ihnen gegenüber nicht verantwortlich. Kostenvoranschläge brauchten nicht von den Mitgliedern gutgeheißen zu werden, ebensowenig die Festsetzung des Jahresbeitrages. Diese Einrichtung war also vollkommen undemokratisch.

Nach der Befreiung erwartete jedermann die Beseitigung des Fachgruppensystems. Sie erfolgte aber nicht. Die Regierung war der Meinung, daß die Mangelwirtschaft vorläufig die Aufrechterhaltung dieses Systems erfordere. Die wirtschaftlichen Kreise nahmen den entgegengesetzten Standpunkt ein und unter deren Druck versprach schließlich das Wirtschaftsministerium, nach dem Rücktritt von Vos die Fachgruppen in freie Betriebsorganisationen umzuwandeln. Eine solche Organisation konnte die Fachgruppe ersetzen. Da und dort ist dies inzwischen geschehen. Verschiedene Fachgruppen wurden «demokratisiert». Oft entstand ein unerfreulicher Kampf zwischen Fachgruppe und freier Organisation.

Inzwischen regierte in Holland ein katholisch-sozialistisches Ministerium. Die Sozialdemokraten zählen unter ihren Prominenten viele hartnäckige und prinzipielle «Ordner». Bei den Katholiken ist die Situation eine andere. Auch sie sind Befürworter einer gewissen Ordnung; doch die wirtschaftlichen Kreise und nicht der Staat sollten diese organisieren und zwar unter Verhütung jeder Form von Etatismus. In der Praxis gingen die Katholiken oft weiter als anfänglich beabsichtigt. Häufig mußten sie die sozialistische Politik unterstützen, weil die katholischen Arbeitermassen es wünschten. Somit war es möglich, daß beide Regierungen, die nach der Befreiung am Ruder waren, eine Menge tief einschneidender Maßnahmen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete durchführen konnten. Doch blieben ernste Reibungen zwischen den beiden Regierungsparteien, welche u. a. zum Rücktritt des

sozialistischen Ministers Vos führten, auf die Dauer nicht aus. Das Ziel der Sozialisten war, unter der Maske der Knappheitspolitik die Sozialisierung des Wirtschaftslebens durchzusetzen. Viele gesetzgebende Bestimmungen weisen in diese Richtung. Das Streben der Sozialisten gipfelte in einem Gesetzesentwurf staatlicher Betriebsorganisation, einer von Vos entworfenen Variante zu seinem Plan der Arbeit. Dieser äußerst radikale Gesetzesentwurf stieß auf großen Widerstand. Immerhin ernannte die Regierung eine

Kommission van der Ven

mit dem Auftrag, einen neuen Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Dieser wurde gerade vor den Wahlen veröffentlicht, und der erste Eindruck ist für beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, unbefriedigend. Es ist hier die Rede von einem sogenannten «Rahmen»gesetz, und es wird von dessen Ausarbeitung abhängen, inwiefern man dem Gesetz Bedeutung beimessen kann. Obwohl man in Holland im allgemeinen nicht zum alten liberalen System zurückkehren will, ist jeder Arbeitgeber überzeugt, daß eine Rückkehr zu einer freieren Wirtschaftsform unbedingt notwendig ist. Es steht fest, daß die neue Regierung gezwungen ist, mehr Bewegungsfreiheit zu geben, denn der Beneluxgedanke verträgt sich nicht mit dem System der Zwangswirtschaft. Belgien hat bereits zu verstehen gegeben, daß es den Beneluxvertrag nicht einhalten könne, wenn Holland keinen neuen Kurs einschläge. Andererseits werden sich die Sozialisten einem neuen Kurs auf das lebhafteste widersetzen. Doch die Arbeitgeber wünschen die Wiederherstellung des freien Marktmechanismus und versprechen sich viel von Röpkes «drittem Weg».

Wie sieht die nahe Zukunft aus? Das Wirtschaftsportefeuille wird man nicht einem Sozialisten, sondern einem gemäßigten Katholiken anvertrauen. Der Gesetzesentwurf van der Ven hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn er stark abgeändert wird. Die Sozialisten werden so viel wie möglich auf ihrem Programm beharren. Also erwarten wir eine Politik der Kompromisse, die darauf hinzielen wird, auf der einen Seite die Freiheit so viel wie möglich wiederherzustellen, auf der anderen die Arbeitermassen zu befriedigen. Das wird man durch eine Fortsetzung der Sozialpolitik des Ministers Drees anstreben, der kürzlich auf seinen Posten zurückgekehrt ist.

Brief aus Italien

Togliatti hat seine Gesundheit wieder voll erlangt, ist dafür aber der Märtyrerglorie verlustig gegangen, die dem bedrängten Kommunismus vielleicht nützlicher als die wiedergewonnene Aktivität seines Führers gewesen wäre. Immerhin steht der

partito comunista

ungebrochen auf der Bresche. Die Auflösung der Aktionsgemeinschaft mit den Sozialisten (des «fronte popolare democratica») dürfte seiner Wirksamkeit, und dadurch seiner Gefährlichkeit, eher förderlich gewesen sein. Dieser «Weg zurück» zur reinblütigen Kaderpartei liegt ja im Zuge der allgemeinen Kominformpolitik, wie sich denn überhaupt die italienischen Genossen als unentwegte Moskaujünger zeigen. Daß ihnen diese Haltung im Konflikt der Kominform gegen Tito besonders leicht war, liegt auf der Hand, denn trotz ihrer Internationalität ist den italienischen Kommunisten das Schicksal Triests durchaus nicht gleichgültig. Größere personelle Veränderungen im roten Parteidirektorium scheinen uns wenig wahrscheinlich. Die vor

Monatsfrist laut gewordenen Stimmen über eine Absetzung Togliattis sind seither wieder verstummt. Als überragender Kopf des italienischen Kommunismus dürfte er das Vertrauen des Kreml auch weiterhin genießen.

Dafür haben die Mißerfolge der Aprilwahlen und des Generalstreikes im sozialistischen und gewerkschaftlichen Sektor weiterreichende Folgen gehabt. Zwar hat sich die

Sozialistenpartei Nennis

zu keiner klaren, autonomen Richtung durchringen können. Trotz Genueser Kongreß und formeller Auflösung des «fronte popolare» liebäugelt sie weiterhin stark mit den Kommunisten. Ein gewisser Abfall ins Lager der Rechts- und Zentrumssozialisten um Saragat und Iwan Matteo Lombardo ist im Zuge, aber den Minderheitssozialisten fehlen leider mitreißende Führergestalten, so daß auf absehbare Zeit in diesem Sektor kaum mit großen Veränderungen zu rechnen ist.

Dafür ist aber im

Allgemeinen Gewerkschaftsbund

(«Confederazione Generale del Lavoro») eine Spaltung eingetreten, indem sich die Christlichsozialen mit einigen Mitläufern aus dem republikanischen und rechtssozialistischen Lager eine eigene Organisation gegeben haben, deren erster Kongreß soeben in Rom stattgefunden hat. Angesichts der wieder ansteigenden Lebenskosten kann die «weiße» Gewerkschaft aber schon aus Konkurrenzgründen ihre Forderungen nicht tiefer als die kommunistische Rumpfgewerkschaft spannen, so daß trotz dieser Spaltung in nächster Zeit kaum mit einer durchgreifenden Befriedung zu rechnen ist, die für das Land so notwendig wäre.

Nach allgemeiner Erwartung wird es im Herbst zwischen Regierung und Opposition wieder hart auf hart gehen. Man redet bereits von «Herbstmanövern». Einige für die wirtschaftliche Gesundung unaufschiebbare Maßnahmen geben der Linken übrigens genug Agitationsstoff. Die kürzlich erfolgte Aufgabe des politischen Brotpreises ließ dieses primäre Nahrungsmittel natürlich teurer werden (wovon allerdings die Lohnempfänger infolge der Gewährung eines erhöhten «caropane» praktisch nicht berührt werden), und die Regelung der brennenden Mietpreisfrage durch staffelweise jährliche Erhöhung der bisherigen blockierten Mietzinse um 30—100% (je nach Mietobjekt und sozialer Lage der Mieter, die bisher Jahresmieten von 200 Schweizerfranken für schöne Sechszimmerwohnungen bezahlten) bis 1955, wann wieder volle Freiheit herrschen soll, sind Entschlüsse, die sich für demagogische Ausschlichtung hervorragend eignen, ganz besonders in Momenten allgemeiner Verteuerung der Lebenshaltung. Trotz allem hat man den Eindruck, daß

die Regierung fest im Sattel

sitzt und das Land im großen ganzen nach vernünftigen Grundsätzen regiert wird. Gegenüber Frankreich fällt diese Konstanz der Exekutive angenehm auf.

Außenpolitisch

brachten die vergangenen zwei Monate wenig neues. Eine Annäherung Italiens an die Westunion kommt vorläufig nicht in Frage. Die ungelöste Koloniefrage steht neben vielen andern Gründen einem solchen Schritte im Wege. Trotz anfänglicher Unterstützung der italienischen These gelang es Rußland nicht, sich im Lande Sympathien zu schaffen. Der kürzlich aus Moskau erfolgte Vorwurf, daß es mit der Auslieferung der im Friedensvertrag festgelegten Schiffsquote im Verzuge sei, hat dem Vergleich mit der großzügigen Haltung der Westmächte auf diesem Gebiete neuen Auftrieb gegeben. Es ist aber durchaus möglich, daß Rußland in abseh-

barer Zeit zu neuen, massiven Zuckerbrotmaßnahmen greift, um den Kurs der gesunkenen kommunistischen Aktien in Italien zu heben und den Westmächten eine Prestigeeinbuße im Mittelmeersektor zu verschaffen. Sollten sich die Gerüchte, wonach Tito mit den Westmächten verhandle und Italien durch den endgültigen Verlust der Ostzone des Freistaates Triest an Jugoslawien den Preis für ein solches Accomodement zu bezahlen hätte, zur Wirklichkeit verdichten, so könnte sich

die latente Anglophobie

zu offener Stellungnahme gegen die Westmächte steigern. Die scheinbare Ruhe, mit der die italienische Öffentlichkeit bisher die wenig freundliche Haltung der Alliierten, vor allem Großbritanniens, in der Koloniefage aufgenommen hat, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Fragenkomplex unsere südlichen Nachbarn tief beschäftigt. Mit einer gewissen Erleichterung hat man die Weiterziehung dieser Frage an die UNO vermerkt, hofft man doch, daß die Zeit für Italien arbeitet.

Sucht sich Italien augenscheinlich mit allen Kräften vom großen west-östlichen Tauziehen fernzuhalten (durch welches es aber gerade in der Koloniefage beträchtlich tangiert wird, denn die Haltung Amerikas und z. T. sogar Englands wird augenscheinlich durch strategische Erwägungen bedingt), so verstärkt es dafür um so mehr seine Anstrengungen im Sinne einer raschen Verwirklichung einer

europäischen Staatenföderation.

Die ausgiebige Reportage über die Interlakener Tagung, die darauffolgende Einladung der Parlamentarier aus aller Welt nach Rom, die Mitte September in Genua stattgefundene internationale Konferenz über vermehrte europäische Zusammenarbeit auf kommerziellem und touristischem Gebiete legen davon deutlich Zeugnis ab. Die Hingabe, womit die Vorbereitungen für die geplante Zollunion mit Frankreich bei Regierung und Publikum als Ausgangspunkt zu einer allgemeinen europäischen Wirtschaftseinheit gefördert werden, zeigt, wie sehr man in Italien erkannt hat, daß die einzige Rettung vor dem drohenden Untergang Europas in einer Zusammenfassung aller kontinentalen Kräfte liegt. Diese Tendenz eröffnet Perspektiven, die das Nachkriegsbild Europas grundlegend verändern könnten.

Wirtschaftlich

lauten die Berichte im großen ganzen nicht erfreulich. «Wir produzieren zu teuer», hört man überall. Wie könnte es angesichts der gesunkenen Leistungskraft der arbeitenden Klassen, der enormen sozialen Abgaben, die eben noch eine weitere Erhöhung erfahren haben, des gigantischen staatlichen und halbstaatlichen Bürokratismus usw. auch anders sein? Man wird auch hier am Ende nicht um eine Rückkehr zu gesunden Vorkriegsproportionen herumkommen. Gewiß machen sich die ersten Wirkungen des ERP bereits günstig bemerkbar (mit 601 Millionen Dollar ist Italien das drittgrößte Empfängerland); aber ein Dauererfolg kann daraus nur werden, wenn das Land seinerseits die Vorbedingungen für eine wirtschaftliche Normalisierung trifft.

Leider wachsen die Schwierigkeiten im

Außenhandelssektor

immer weiter. Nachdem es Italien gelungen ist, mit der Bizone einen nicht uninteressanten Handelsvertrag abzuschließen, wurde am 5. September das Handelsabkommen mit Belgien-Luxemburg auf Clearingbasis sozusagen über Nacht sistiert, nachdem die Italiener die belgische Forderung auf Reduktion des Clearingkurses von

13 auf 11 nicht akzeptieren wollten. Damit wurde nun auch dieser sehr bedeutende Warenverkehr in die Zwangsjacke des Kompensationsverkehrs gesteckt. Für kein Land Europas ist die baldige Einführung eines multilateralen Clearingsystems so wichtig wie für Italien. Dieses rohstoffarme Land mit dem enormen Bevölkerungsüberschuß kann nur dann zu einem Friedensfaktor werden, wenn man ihm die Möglichkeit zum Auswandern, Arbeiten und Exportieren gibt. Daß es den Italienern nicht an Arbeitswillen gebricht, davon legen die gewaltigen Wiederaufbaureultate ein deutliches Zeugnis ab, die den Vergleich mit jedem andern Lande aushalten. Ist es nicht ein Jammer und Widersinn zugleich, daß die Welt

2 Millionen italienische Arbeitslose

nicht zu absorbieren weiß?

Die Börse beharrt nach wie vor in ihrer Lethargie. Daß ihr vom staatlichen Finanzsektor keine Ermutigung zukommt, liegt auf der Hand. Der Zahlungsmittelumlauf ist im Juli erneut von 815 auf 846 Milliarden Lire angewachsen, und es sieht nicht so aus, daß bald eine Fixierung oder gar eine rückläufige Tendenz einsetzen wird.

Peregrinus

Brief aus Prag

Man schreibt uns:

Der Tod des zweiten Präsidenten der Republik, Dr. Eduard Benesch, offenbarte zwei seltsame Bilder. Das eine davon ist die Scheinheiligkeit, mit der die Führer der Kommunistischen Partei den verstorbenen Staatsmann betrauern, obwohl sie den Dolch gegen ihn heimlich schon gezückt hatten und Moskau in seinem offiziellen Organ, der «Neuen Zeit», Dr. Benesch gegenüber scharfe Beschuldigungen ausgesprochen hatte. Das zweite ist die renitente Haltung des Volkes, das mitten auf dem Prager Wenzelsplatz gegen die kommunistische Polizei Stellung nahm und ihr einige Kritiker, die verhaftet worden waren, wieder entriß.

Immer deutlich beginnen sich heute, nach dem Versagen der bürgerlichen Parteien im Februar, zwei Lager abzuzeichnen, mit denen Herr Gottwald noch ziemlich viel zu schaffen haben wird.

Die Sokol-Gemeinde,

eine fortschrittlich-freidenkerisch ausgerichtete Turn- und Sportbewegung mit großer Tradition, ist heute zu einer ernstesten Gegnerin des Systems geworden. Zum ersten Mal wurde dies offenbar, als anlässlich des XI. Sokol-Slets die an den Ehrentribünen vorbeimarschierenden Turner von Gottwald und seinen Ministern nicht die geringste Notiz nahmen. Der Skandal, der ein großes Echo in der ganzen Welt auslöste, war natürlich von zahlreichen Untersuchungen begleitet, welche die Initiatoren dieser Ausschreitungen feststellen sollten. Der Säuberungs-Ukas, der an alle Gliederungen des Sokol im ganzen Land erging, hatte aber zur Folge, daß in zahlreichen Gemeinden nicht die «Reaktionäre», sondern die Anhänger des Gottwald-Regimes gerügt wurden. Der Landesverband Mähren-Schlesien hatte sogar den Mut, an alle Sokolgaue eine Erklärung zu verschicken, in der gegen die Säuberung protestiert und gegen den Bundesvorstand, der in kommunistischen Händen ist, Stellung ge-

nommen wird. Es steht natürlich außer Frage, daß die Kommunisten dieser tapferen Opposition Herr werden, doch wird dadurch nur einer Untergrundbewegung Vor-schub geleistet werden.

Eine klare Haltung hat nun auch

die katholische Kirche

bezogen, deren Erklärungen im Frühjahr noch recht unklar waren. Dies deshalb, weil besonders die tschechischen Bischöfe der Ansicht waren, die Bereitschaft des neuen Regimes, die verschiedenen Fragen zu klären, müsse zuerst in ihrer praktischen Anwendung abgewartet werden. Viele Wochen hindurch verhandelten dann die Vertreter der Kirche mit jenen der Regierung in einem eigens gebildeten «Ausschuß für religiöse Fragen» — aber als die Wahlen vorüber waren, erkannte die Kirche, daß man sie nur hinters Licht führen wollte. Die kirchlichen Zeitungen blieben weiter eingestellt, eine päpstliche Enzyklika über die christliche Jugend-erziehung wurde beschlagnahmt, die konfessionellen Schulen wurden nicht gestattet, und der kirchliche Grundbesitz sah sich empfindlich beschnitten. So kam es nicht nur zu einem Protest des Prager Erzbischofs Dr. Beran bei der Regierung, sondern auch zur Suspendierung jener Geistlicher, die dieser Regierung dienten, nachdem alle Aufforderungen, die staatlichen Ämter zurückzulegen, nichts genützt hatten. Neben dem ehrgeizigen Gesundheitsminister P. Plojhar wurden noch die beiden Regierungsräte im slowakischen Landesgubernium, Prof. Horak und P. Lukacevic, aller ihrer geistlichen Funktionen enthoben. Selbstverständlich haben diese «Rebellen» außer der Kommunistischen Partei und der Regierung niemanden hinter sich, da das Volk längst die Unvereinbarkeit der christlichen und kommunistischen Ideen erkannt hat.

Auch

die wirtschaftliche Entwicklung

ist wenig befriedigend. Ganz allgemein ist festzustellen, daß die Zeiten schlechter geworden sind als sie knapp nach dem Kriege waren. Alle Lebensmittel sind wieder streng rationiert, die Bauern ablieferungsunwillig, und wer kann, fährt heute nach Österreich und Ungarn, um dort einzukaufen. Einer Frauendeputation, die sich bei Präsident Gottwald über die unzureichende Versorgung mit Textilien beschwerte, sagte der Präsident, «sie müßten eben die Reste ihres Konservativismus überwinden». *Ultima ratio!*

Eine recht unerfreuliche Bilanz zeigt auch der Außenhandel, der einen Abgang von 5 $\frac{1}{2}$ Milliarden Kc aufweist. Alle Aufforderungen, mehr und auch am Sonntag zu arbeiten, haben recht wenig genützt, weil insgeheim die Parole ausgegeben wird, dies geschehe ja doch nur für die Sowjetunion. Die «freiwilligen» sogenannten «Sonntags-Brigaden» sind — nach den Worten des Ministerpräsidenten Zapotocky — vielfach zu «Ausflugsbrigaden» geworden.

Schlimm steht es auch mit den Arbeitsabsenzen. Die gleichgeschaltete Zeitung «Svobodné Slovo» beklagte kürzlich die Tatsache, daß z. B. im Ostrau-Karviner Kohlenrevier an einem Tag fast ein Viertel der Belegschaft gefehlt habe, und der Ministerpräsident unterstrich diese Feststellung durch die Gegenüberstellung der ausgezahlten Krankenunterstützungen. 1937 wurden für einen Kranken 93 Kc Unterstützung gezahlt, heute aber 1699 Kc. Und erschreckend hoch sind auch die Brände, die im vergangenen Jahr 1110 Industrieobjekte ergriffen und einen Schaden von 398 Millionen Kc verursacht haben. Alle diese Zahlen sind ein Beweis für die Unlust der Arbeiter, in einer Volksdemokratie zu wirken, und für die völlige Gleichgültigkeit, die man dem Staatseigentum, das ja heute von den Kommunisten verwaltet wird, entgegenbringt.

Militärische Umschau

Eine umstrittene Vorlage

Die Botschaft des Bundesrates vom 2. Juli 1948 über die *Abänderung der Militärorganisation* (Heeresklassen, Ausbildung, aktiver Dienst) ist in der Öffentlichkeit lebhaft besprochen worden. Die Kapitel über den *Oberbefehl* stimmen inhaltlich überein mit den lediglich ausführlicher gehaltenen Darlegungen des wenige Wochen später erschienenen, sehr interessanten Buches von *Alfred Ernst* über den *Oberbefehl*¹⁾. Vielfach sind sogar ganze Sätze identisch. Wie Dutzende von Beispielen zeigen, haben sodann viele Sätze lediglich kleine stilistische Änderungen erfahren. Es war bisher nicht üblich, den Namen des Autors einer bundesrätlichen Botschaft öffentlich bekannt zu geben, und man fragt sich daher, ob nicht, im Interesse der Sache, eine diskretere Behandlung der Autorschaft möglich gewesen wäre?

Vor allem die Vorschläge hinsichtlich des aktiven Dienstes und im besonderen des *Oberbefehls* haben in der Presse einer sehr lebhaften Kritik gerufen. Daher schrieb die *«Thurgauer Zeitung»* am 12. August unter dem Titel *«Das Generalsgesetz»*:

«Wohl noch selten hat eine bundesrätliche Gesetzesvorlage in der Presse aller Schattierungen und Landesteile eine derart scharfe und weitgehend übereinstimmende Ablehnung erfahren wie die neuen Bestimmungen über den Oberbefehl...».

Im gleichen Sinne äußern sich die *«Basler Nachrichten»* in ihrer Nummer vom 28./29. August:

«Nicht oft sind Botschaften von der öffentlichen Meinung aller Farbschattierungen entschieden abgelehnt worden als gerade diese. Genauer gesagt: als ihr einer Teil, nämlich die vorgesehene rechtliche Neuordnung des Oberbefehls».

Sicher ist aber die Auffassung der Militärkommission des Ständerates richtig, wonach die bundesrätliche Vorlage nur sachlichen Motiven entsprungen ist und anderslautende Behauptungen den Tatsachen nicht entsprechen (vergl. *«NZZ»*, Nr. 1829). Unter den längeren Artikeln ablehnenden Inhalts erwähnen wir noch: *«Der General als Untergebener des Bundesrates» National-Zeitung*, 14. Juli; *«Les pouvoirs du Général» Gazette de Lausanne*, 16. Juli; *«Die Lex Kobelt und der General» Die Tat*, 17. Juli; *«Bundesrat und General» Neue Zürcher Nachrichten*, 19. Juli; *«Cedant Arma Togae» Tribune de Lausanne*, 20. Juli; *«La nomination du général» Courrier de Genève*, 22. Juli; *«Un projet critiqué» La Suisse libérale*, 27. Juli; *«Bundesrat und Oberbefehlshaber» Berner Tagblatt*, 30. Juli; *«Unangenehme Vermehrung der Machtfülle des Bundesrates» Appenzeller Zeitung*, 14. August; *«L'Etat de l'Armée — une loi très critiquée — La Suisse*, 17. August; *«Falscher Start» Vaterland*, 27. August; *«Zur Frage der Wahl und der Kompetenzen des Generals» Der Bund*, 31. August; *«Die Lex Kobelt erfährt eine erste Korrektur» Volksrecht*, 4. September; *«Der Oberbefehl im Aktivdienst» Neue Zürcher Zeitung*, 8. September, Nr. 1873. Beherzigenswert ist die Folgerung der *Liberté* von Freiburg in ihrem Artikel *«Réorganisation militaire»* vom 2. September:

«Ce ne sont pas des textes et des ordonnances qui jouent le premier rôle, mais les personnalités et leur désir de s'entendre».

1) Alfred Ernst: Die Ordnung des militärischen Oberbefehls im schweizerischen Bundesstaat. Helbing & Lichtenhahn, Basel 1948.

Vor kurzem hat nun auch der Vorstand der «*Allgemeinen Offiziersgesellschaft von Zürich und Umgebung*», der größten Sektion der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, öffentlich zum Problem Stellung genommen (Mitteilungen, Heft 4). Er hat sich die ausführlich dargelegte Auffassung einer von ihm eingesetzten Kommission zu eigen gemacht und zieht folgende Schlußfolgerungen:

«Wir kommen damit zum Schluß, daß die bestehende Ordnung des aktiven Dienstes in der Militärorganisation Kriegsbereitschaft und Schlagkraft der Armee besser gewährleistet, als dies für die vorgeschlagene Regelung zutreffen würde. Eine Neuordnung darf nach unserer Auffassung vor allem keine Bestimmungen enthalten, welche die Armee in das Getriebe des Verwaltungsapparates einschalten und die unbestrittene Autorität des Generals schwächen würden. Deshalb sind entschieden abzulehnen

- die formelle Unterscheidung zwischen Neutralitätsdienst und Kriegsdienst,
- die Einschränkung der Befugnisse des Generals in Fällen zeitlicher Dringlichkeit und für rein militärische Maßnahmen, wie sie die Ausführung der Aufträge der Armee und die Anpassung ihrer Organisation an die Erfordernisse des Krieges darstellen,
- die materielle Übertragung der Wahl und der Abberufung des Generals an die Landesregierung,
- die formelle Unterstellung des Generals unter die Landesregierung.

Um die berechtigten Kompetenzansprüche der politischen Behörden im Zustand der bewaffneten Neutralität zu befriedigen, ist vielmehr eine Lösung zu suchen, durch welche dem General grundsätzlich die ihm für den Kriegsfall nicht vorenthaltenen Befugnisse während des ganzen Aktivdienstes eingeräumt werden und die im Zustand der bewaffneten Neutralität gegebene Einschränkung der Kompetenzen als Sonderfall und Ausnahme vom Grundsatz abschließend umschrieben wird.

Eine besondere Dringlichkeit für die Revision der Bestimmungen des fünften Teiles der Militärorganisation über den aktiven Dienst besteht nicht. Wir sind deshalb der Auffassung, daß dieser Teil des Entwurfes des Bundesrates zu einem Bundesgesetz über die Abänderung der Militärorganisation an den Bundesrat zur Neubearbeitung und Berücksichtigung der in unserem Bericht festgehaltenen Erwägungen zurückgewiesen werden sollte»²⁾.

Einer Mitteilung der *Schweizerischen Politischen Korrespondenz* vom 15. September ist zu entnehmen, daß die ständerätliche Kommission die Bestimmungen über den Oberbefehl weitgehend abgeändert hat, so daß die diesbezüglichen Befürchtungen größtenteils zerstreut werden, dagegen sollen die Bestimmungen über den aktiven Dienst mit der Unterscheidung von Ordnungs-, Neutralitäts- und Kriegsdienst grundsätzlich nicht bestritten worden sein. Wir erwähnen daher auszugsweise die Bedenken des Vorstandes der A.O.G. zu dieser Frage:

«Jede General- oder Teilkriegsmobilmachung war bisher eine ernste Angelegenheit. Der Soldat war nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich bereit, zum Waffengang anzutreten. Auch wenn die Bevölkerung noch so gut über den Sinn des neuen Begriffes des Neutralitätsdienstes aufgeklärt würde, so würde sich bei einem Aufgebot zum Neutralitätsdienst der mangelnde Ernst

²⁾ Am 21. September haben die Delegierten der A.O.G. — laut offiziellem Verzeichnis beträgt ihre Zahl 100 — diese Beschlüsse zu ihren eigenen gemacht (vergl. NZZ, Nr. 1981).

trotzdem in einer geringern Bereitschaft auswirken, während andererseits das plötzliche Inkraftsetzen der Kriegsdienstbestimmungen Unruhe verursachen müßte. Auch im Hinblick auf die Beurteilung unserer Maßnahmen durch das Ausland würde praktisch wohl jede Möglichkeit ausgeschlossen, die Kriegsdienstbestimmungen in Kraft zu setzen, bevor der Krieg wirklich ausgebrochen wäre. Es besteht damit die Gefahr, daß ein Vorteil dieser Zweiteilung in Neutralitäts- und Kriegsdienst, nämlich die Erleichterung einer frühzeitigen Anordnung des Neutralitätsdienstes, durch eine zu späte Inkraftsetzung der Kriegsdienstbestimmungen mehr als aufgehoben würde.

Neben den schwerwiegenden psychologischen Auswirkungen der Unterscheidung muß auch eine organisatorische Erschwerung die Folge sein. Entgegen der Annahme in der Botschaft wird der Übergang vom Neutralitätsdienst zum Kriegsdienst nicht reibungslos vor sich gehen, sondern in Zeiten größerer Spannung immer schwieriger sein, als wenn die Kriegsdienstbestimmungen von Anfang an Geltung hätten. Die militärischen Verwaltungsinstanzen, ja sogar die Kommandostellen der Armee werden der Versuchung nicht widerstehen können, im ernsthaften Streben nach einer lückenlosen Vorbereitung der Kriegsbereitschaft zahlreiche Vorschriften zu erlassen, in welchen die Befugnisse und das Verhalten der Truppe für den einen und den andern Fall im einzelnen geregelt werden. Eine solche Reglementierung wird angesichts der Tatsache, daß der eigentliche Neutralitätsdienst nie zeitlich richtig erfaßt werden kann, ihren Zweck, die Bereitschaft zu erhöhen, nicht erreichen, sondern das Gegenteil bewirken. Denn irgendwelche Vorschriften, welche der Truppe im Neutralitätsdienst ein anderes Verhalten auferlegen und wie sie sich beispielsweise für die Motorfahrzeug- und Pferdestellung oder für die Requisitionen ergeben würden, müßten nicht nur die materielle Marschbereitschaft der Armee für den Kriegsfall erheblich beeinträchtigen, sondern würden auch große Unsicherheit in die Truppenführung hineinragen.

Die formelle Unterscheidung zwischen Neutralitäts- und Kriegsdienst, so sehr sie sich, politisch gesehen, als wünschbar erweist, ist schädlich, aber auch gar nicht notwendig. Der Zweck, die Befugnisse des Generals während des Zustandes der bewaffneten Neutralität zugunsten des Bundesrates einzuschränken, läßt sich ebenso gut verwirklichen, wenn die gewollte Einschränkung im einzelnen Fall und als Abweichung vom Grundsatz, wonach dem General mit seiner Ernennung die für den Kriegsfall erforderlichen Befugnisse zustehen, genau umschrieben wird, ohne daß sie an eine begrifflich nicht erfaßbare Zeitspanne des Neutralitätsdienstes gebunden wird».

In Ergänzung dieser Darlegungen seien die redaktionellen Ausführungen der «NZZ» in Erinnerung gerufen (Nr. 1864):

«Der Einwand, daß der Bundesrat jederzeit die Bestimmungen über den Kriegsdienst in Kraft setzen könne, vermag nicht zu überzeugen. Man stelle sich nur einmal vor, daß wir in einem Augenblick höchster internationaler Spannung, in dem die bereits kriegführenden oder unmittelbar vor einem bewaffneten Konflikt stehenden Mächte mit Argusaugen unser Verhalten auf das kleinste Anzeichen des Nachlassens unseres Neutralitätswillens hin beobachten, erklären sollten, daß die „Bestimmungen über den Neutralitätsdienst aufgehoben und durch die Bestimmungen über den Kriegsdienst ersetzt werden“! Das wäre politisch *unmöglich*, und kein Bundesrat würde sich je dazu entschließen». Und ferner: «Wer einigermaßen das Getriebe unserer Militärverwaltung kennt, kann sich lebhaft vorstellen, daß in kürzester Frist sämtliche *Vorschriften* ... in *doppelter Ausgabe* für die beiden Fälle vorliegen, daß Ge-

meinden, Sektionschefs, Einheitskommandanten, Truppenführer einer kaum mehr zu bewältigenden Komplikation gegenüberstehen würden, welche die Raschheit unserer Mobilmachung und die Schlagkraft der Armee ernstlich gefährden müßte».

Die Tatsache, daß wir dank der göttlichen Vorsehung in den beiden Weltkriegen 1914—1918 und 1939—1945 verschont geblieben sind, verleitet offenbar zum gefährlichen psychologischen Trugschluß, die bewaffnete Neutralität sei für unser Land der Normalfall. Alle unsere Vorbereitungen müssen aber für den *Kriegsfall* getroffen werden. Wie während der beiden letzten Grenzbesetzungen wird auch in Zukunft eine vernünftige und sachgemäße Auslegung ganz von selbst dazu führen, gewisse Bestimmungen nicht anzuwenden, solange es nicht blutig ernst gilt.

Miles